



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 5. Juli 1908

(Zur Wahlrechtsfrage. Prozeß Eulenburg. Die mazedonische Frage. Persien.)

Wir nähern uns der Zeit, in der von innerpolitischen Ereignissen kaum noch zu berichten ist. Die Ministerien und hohen Reichsämter stehen verwaist, der Reichskanzler ist nach Norden abgereist — wo freilich von wirklichem Ausruhen für ihn nicht die Rede ist, da ihm die Arbeit überall hin folgt —, und der Kaiser steht im Begriff, seine Nordlandsreise anzutreten. Aber gerade diese stillen Zeiten sind die Zeiten der Sammlung und Vorbereitung für neue Arbeit, und deshalb ruht der Streit um die großen politischen Fragen niemals ganz. Die im vorigen Monat vorgenommenen Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus sollten eigentlich zu einer gewaltigen Agitation für die preussische Wahlrechtsreform werden, aber es zeigte sich, daß diese Wahlparole nicht die gewünschte Wirkung hatte. Die Reformfreunde haben sich jedoch dadurch nicht abschrecken lassen, sondern nach den Wahlen die Propaganda für ihre Wünsche mit großem Eifer fortgesetzt. Besonders wird der schamlose Terrorismus, den die Sozialdemokratie in dem letzten Wahlkampfe ausgeübt hat, als Argument verwertet, um wenigstens die Einführung des geheimen Wahlrechts an Stelle des öffentlichen zu erreichen. Indessen so durchschlagend, wie dieser Beweisgrund auf den ersten Augenblick scheint, ist er in Wahrheit doch nicht. Wir wissen von den Reichstagswahlen her, daß der Terrorismus der Sozialdemokratie auch bei dem geheimen Wahlrecht Mittel und Wege findet, eine Kontrolle auszuüben. Die Abhängigkeitsverhältnisse jeder Art machen sich bei den Wahlen doch auf irgendeine Weise geltend, und daran wird schwer etwas zu ändern sein, weil es unmöglich ist, einen juristisch einwandfreien Nachweis zu führen, ob die Abgabe einer Wahlstimme, so wie es geschehen, aus persönlicher Überzeugung oder unter einem Druck von außen erfolgt ist. Selbst wenn es gelingt, bei der bevorstehenden Neubearbeitung des Strafgesetzbuchs für die Paragraphen 107 bis 109 eine schärfere Fassung zu finden, die die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte besser schützt als bisher, wird man damit immer noch keine vollständige Gewähr für die Unabhängigkeit der Wähler haben. Daraus läßt sich nur die eine Folgerung ziehen, daß sich ein Wahlsystem, das im Interesse des Staats möglichst den unabhängigen Volkswillen zur Geltung bringen will, nicht darauf einlassen kann, nur die theoretische Gleichberechtigung der Staatsbürger in mechanischer Weise zu verwirklichen. Denn diese absolute Gleichberechtigung hat die wirkliche Unabhängigkeit der Staatsbürger zur Voraussetzung, und diese ist eben nicht vorhanden. Der Staat, bei dem sich die Mitwirkung des Volks an der Bestimmung seiner Geschichte früher als irgendwo anders und ganz allmählich aus den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt hat — nämlich England —, ist bisher trotz fortschreitender Demokratisierung seiner Staatsrichtungen noch nicht dahin gelangt, allen seinen Bürgern unterschiedlos das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu geben. Man muß das, beiläufig bemerkt, unsern guten deutschen Landsleuten immer wieder vor Augen halten, denn sie machen in der Regel, wenn ihnen in den liberalen Zeitungen von jenseits des Kanals vorgepredigt wird, was wir Deutschen in Sachen der politischen Freiheit doch für rückständige Gesellen sind, ein ganz gläubiges Gesicht dazu und sind wirklich geneigt, sich zu schämen, daß wir es noch nicht so weit gebracht haben wie das freie England. Wenn aber das allgemeine, gleiche Wahlrecht den Maßstab politischer Freiheit abgibt, dann müßte England sehr viel unfreier als Deutschland sein, und das werden wohl die Engländer selbst sehr energisch abstreiten. Sie wissen, daß dieses hohe und herrliche Gut nicht davon abhängt, daß der maßgebende Einfluß auf die Gesetzgebung des Staats in die Hand von Mehrheiten gelegt

wird, die lediglich durch das Urteil der Abhängigen und Unselbständigen zustande kommen.

Man kann ja freilich auch den Individualismus so weit treiben, daß man aus theoretischen Gründen für jeden Menschen gewisse gleiche Rechte fordert — die man etwa betrachtet wie die Lust zum Atmen —, gleichviel was dabei für die Allgemeinheit herauskommt. Man sieht dann freilich nicht ein, warum nicht eine Mehrheit von Narren und Idioten den Staat nach ihrer Weise einrichten oder eine Mehrheit von Verbrechern Raub und Mord legalisieren sollte. Denn die Idee des Staats und der Gesellschaft ist damit überhaupt verneint. Aber man soll bei einem solchen Individualismus wenigstens konsequent sein und seine Grundidee, die volle Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht jedes einzelnen, wirklich gelten lassen. Nun machen wir die Erfahrung, daß gerade die Leute, die für das „Unrecht“, das in dem preussischen Wahlsystem liegen soll, ihre Ausdrücke gar nicht stark genug wählen können, weil sie in ihm die Rechtsgleichheit und die volle Berücksichtigung des Volkswillens vermissen, daß eben diese Leute den Willen der Wähler mit demselben Zwang und denselben Druckmitteln zu vergewaltigen suchen, die sie ihren Gegnern und der herrschenden Staatsordnung vorwerfen. Nicht das Unrecht dieses Terrorismus, sondern seine Inkonsequenz und das in ihm liegende Eingeständnis der eignen Unwahrhaftigkeit sollte man recht gründlich ausnützen, einmal durch Aufklärung über Wesen und Wirken der Sozialdemokratie, sodann durch entschiedenes und rücksichtsloses Festhalten daran, daß der Schwerpunkt des Mitbestimmungsrechts an der Gesetzgebung des Staats bei den unabhängigen Bürgern, nicht bei den von Terrorismus und Verhegung beeinflussten Massen zu liegen hat.

Es ist erst wenige Tage her, seit im österreichischen Reichsrat über die Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts ein charakteristisches Wort fiel. Ein polnischer Abgeordneter bemerkte, das Deutschtum in Österreich habe seit der Wahlreform wesentlich abgenommen. Es ist gar keine Frage, daß der Einfluß des Deutschtums dadurch weiter zurückgedrängt worden ist. Die fremden Nationalitäten werden nun freilich der Meinung sein, daß das einen Gewinn bedeute, da sie nur an ihre eigne Macht denken. Aber es ist zweifellos, daß die Schwächung und Schädigung des Deutschtums für die politische Macht und das Kulturniveau des Gesamtstaats keinen Vorteil bedeutet. Und hat denn in den süddeutschen Staaten die Reform des Wahlrechts nach dem Muster des Reichstagswahlrechts gute Früchte getragen? Die Einzellandtage sind mehr als früher einer schwarz=roten Mehrheit ausgeliefert. Man wird es dem führenden deutschen Staat nicht verübeln können, wenn er sich durch solche Beispiele wenig ermutigt fühlt.

In der politisch stillen Zeit wirken andre Sensationen desto mehr. Die letzte Woche hat uns die Eröffnung des Meineidsprozesses gegen den Fürsten Eulenburg gebracht. Dadurch ist zwar die Aufmerksamkeit wieder auf den traurigen Fall gelenkt worden, aber es ist doch wenigstens dafür gesorgt, daß die häßlichen Eindrücke dieser Verhandlung nicht durch die Art, wie sie mit allen Einzelheiten an die Öffentlichkeit getragen worden sind, noch über das Geschehene und Unvermeidliche hinaus Unheil stiften. Die Ausschließung der Öffentlichkeit, die gleich nach dem Eintritt in die Verhandlungen im weitesten Umfange beschlossen wurde, ist in den Besprechungen der Presse viel angefochten worden. Man möchte im Gegenteil sagen, daß es die höchste Zeit war, sich auf den wahren Sinn der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen zu besinnen. Die Öffentlichkeit ist mit Recht grundsätzlich eingeführt worden, um eine allgemeine Kontrolle der Rechtspflege zu ermöglichen, nicht aber um Dinge, über die im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft und der guten Sitten ein Schleier gebreitet werden soll, zum Gegenstand unkontrollierbarer Betrachtung zu machen. Sie soll verhüten, daß Dinge verborgen werden, die im

allgemeinen Interesse bekannt werden sollen, aber sie soll nicht dem allgemeinen Interesse entgegenwirken, wenn dieses die Verborgenheit gewisser Dinge fordert. Es gab einen Zeitpunkt, wo allerdings ein öffentliches Interesse vorlag, zu wissen, wie weit die häßlichen Beschuldigungen, die öffentlich gegen angesehene und hochgestellte Personen erhoben worden waren, begründet waren. Diesem öffentlichen Interesse ist Genüge geschehen; was jetzt noch übrig bleibt, ist zwar im Interesse der Rechtspflege notwendig, aber für weitere Kreise bedeutungslos, soweit es in der Feststellung der Einzelheiten nur ein Wühlen im Schmutz bedeutet, das nur der niedrigsten Neugier und Sensationslust dient.

Der auswärtigen Lage gegenüber verharrt die politische Welt noch immer in einer gewissen Spannung, obwohl glücklicherweise von der Nervosität, die um die Zeit der Revaler Monarchenbegegnung herrschte, nicht mehr die Rede ist. Man erwartet noch immer die ersten offiziellen Schritte, mit denen England und Rußland ihre neuen Vorschläge zur Regelung der mazedonischen Frage den andern Mächten kundtun wollen. Die Angelegenheit wird nicht mit besonderer Eile betrieben, denn die Botschafter am Goldenen Horn sind zum Teil beurlaubt, und die ganze Sache will vorsichtig und bedächtig angefaßt sein. Auch forderten die Redaktion der Vorschläge und die Verständigung über den einzuschlagenden Weg viel Zeit und Überlegung. Denn man muß sich vergegenwärtigen, daß das englisch-russische Einvernehmen nicht auf einer natürlichen Interessengemeinschaft beruht, sodaß die Diplomaten eine leichte Aufgabe vorgefunden hätten, nachdem der Entschluß, Hand in Hand zu gehn, einmal gefaßt war. Dieses Einvernehmen ist vielmehr ein recht künstlicher Bau, der eine raue Behandlung nicht verträgt. Eine rasche Entwicklung der Frage ist also nicht zu erwarten. Das vermindert aber keineswegs die Schwierigkeiten, die sie auch für die andern Mächte, namentlich für uns birgt. Denn nachdem England einmal Rußland die Hand gereicht hat, um in Asien größere Sicherheiten zu erlangen, ist auch die traditionelle Politik Englands im nahen Orient vollständig fallen gelassen, und unter solchen Umständen wäre es wunderbar, wenn England, das doch hierbei nicht unbedeutende Opfer bringt und Schwierigkeiten in den Kauf nimmt, nicht die Lage nach allen Richtungen hin ausnützen und sich Vorteile verschaffen wollte. Und da steht natürlich die Zurückdrängung der wirtschaftlichen Einflüsse, die im nahen Orient von Deutschland ausgehn, und des damit verbundenen politischen Prestiges in erster Reihe. Das ist scheinbar um so leichter zu erreichen, als wir keine politische Stellung im Orient haben, die wir direkt verteidigen, und auf die wir uns stützen könnten. England wird also vor allem versuchen, Österreich-Ungarns Interessen von den unsrigen loszulösen. Es ist vorderhand nur notwendig, auf diese Schwierigkeit, die unsrer Politik droht, hinzuweisen; was wir zu tun haben, um ihr zu begegnen und sie zu überwinden, entzieht sich vorerst der öffentlichen Erörterung.

Nur eins freilich darf nicht unerwähnt bleiben. Die landläufige Ansicht, daß England in der europäischen Politik alle Trümpfe in der Hand habe und sie nach Belieben ausspielen könne, während es für uns keinen Ausweg gebe, ist falsch. Für alle beteiligten Mächte gibt es noch sehr gefährliche Klippen zu umsegeln. Wir wissen nicht, ob die persischen Wirren nicht eines Tages eine zu starke Belastungsprobe für die englisch-russische Verständigung werden. Einstweilen drücken sich ja beide Mächte angesichts der Unruhen ostentativ die Hand und werden sich hüten, einen Dritten irgendein Zeichen gegenseitigen Mißtrauens bemerken zu lassen, aber sie werden sich trotzdem sagen müssen, daß sie vor der Welt schlecht abgeschnitten haben. Denn es muß doch einen wunderbaren Eindruck machen, wenn die erste Frucht des Friedens zwischen Bär und Walfisch nicht die erwartete Eröffnung des von beiden Seiten eifersüchtig bewachten Gebiets für die Kultur und die Interessen der zivilisierten Welt, sondern ein blutiger Bürgerkrieg mit unmenschlichen Meßereien ist. Diese Grenze, gegen die vor drei Jahrzehnten die Bulgarian atrocities, in

unsern Tagen die Bluttaten der mazedonischen Banden und was sonst noch die englischen Liberalen zu leidenschaftlichen Anklagen veranlaßt hat, das reine Kinderspiel sind, geschehen innerhalb der russischen Einflußsphäre in Persien und unter dem Beirat der russischen Partei am Hofe des Schah, während der Herd der revolutionären Bewegung in der englischen Einflußsphäre liegt, und sich die überall verkündeten Prinzipien der englischen Politik in Übereinstimmung mit den Interessen des englischen Handels kaum mit der gewaltsamen Aufrechterhaltung des absolutistischen Regiments und der Mißwirtschaft in Persien vereinigen lassen. Das englisch-russische Abkommen hat also die grausamsten und nichtswürdigsten Menschen-schlächtereien in dem Gebiet, über das man sich verständigt hat, nicht verhindert; dafür darf England, um die Rücksichten gegen Rußland nicht zu verletzen, lächelnd und mit verbindlicher Höflichkeit zusehen, wie Freiheit und Menschlichkeit mit Füßen getreten werden. Ob das auch wohl geschehen würde, wenn England in Persien freie Hand hätte? Wir glauben es nicht. Daß der englische Gesandte in Teheran den verfolgten persischen Revolutionären ein Asyl geboten hat, ist gewiß anzuerkennen, und wir wollen gern annehmen, daß er der andern Partei gegenüber ebenso gehandelt haben würde, wenn sie die unterliegende gewesen wäre. Aber der Gesamteindruck der Lage wird dadurch wohl schwerlich geändert werden. Selbst der größten Macht und dem größten diplomatischen Geschick fügen sich die Ereignisse nicht so willig.

Das kongolesische Graubuch. Die Veröffentlichung der von der belgischen Regierung mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika gepflogenen Verhandlungen über die Reformen im Kongostaate sind die dritte und vorletzte Etappe auf dem langen und mühsamen Wege zur schließlichen Annexion. Bei der ersten Etappe handelte es sich darum, im belgischen Parlament eine Majorität zu finden. Die zweite Etappe war die Tatsache, daß bei den legislativen Neuwahlen das Volk die Regierung nicht im Stiche ließ. Die dritte Etappe ist jetzt die Konstatierung der Tatsache, daß von internationaler Seite kein ernsthaftes Hindernis gegen das Annexionsprojekt besteht. Es war ein glücklicher Gedanke der drei interessierten Regierungen, ihren diplomatischen Schriftwechsel zu veröffentlichen, da sich aus ihm unzweifelhaft ergibt, daß man sich über die Hauptpunkte schon geeinigt hat. Übereinstimmung herrscht über den Wunsch, daß Belgien den Kongostaat annektiere, ferner darüber, daß Belgien allein die Annexionsfrage regle, und schließlich auch über das zukünftige Verwaltungsprogramm.

Am 23. Januar 1908 hat der britische Gesandte Sir Arthur Hardinge dem belgischen Minister des Außern M. Davignon mitgeteilt, daß seine Regierung, „weit entfernt davon, die Annexion des Kongostaats zu mißbilligen, seit langer Zeit diese Annexion als das sicherste und natürlichste Mittel betrachtet habe, um zu einer Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu gelangen und um ihren eignen Meinungsverschiedenheiten mit dem Kongostaat ein Ende zu setzen“. Das Memorandum des amerikanischen Gesandten Mr. Wilson vom 7. April 1908 äußert sich in demselben Sinne, betont „die lange und traditionelle Freundschaft, die immer zwischen den beiden Nationen bestanden hat“, und versichert, daß „die amerikanische Regierung glücklich ist, den Zeitpunkt der Annexion herankommen zu sehen“.

Sir Arthur Hardinge erklärt in einer Note vom 30. März 1908 nochmals ausdrücklich, daß „die britische Regierung Wert darauf legt, eine streng referierte Haltung zu beobachten und jede *démarche* zu vermeiden, die irgendwie als ein Eingriff gedeutet werden könnte in die absolute Freiheit Belgiens in bezug auf die zukünftige Verwaltung der innern kongolesischen Angelegenheiten“. Und alle Noten und Memoranda der belgischen Regierung geben dem festen Willen Ausdruck, die Annexionsfrage zu regeln „in der vollen Ausübung der belgischen

Souveränität“. Besonders interessant ist die Note M. Davignons vom 4. März, die die Antwort auf die Angriffe im englischen Parlament war. Festen Tones wird darin erklärt, daß die Annexionsfrage lediglich verhandelt werden könne zwischen der belgischen und der kongolefischen Regierung und zwischen der belgischen Regierung und den Kammern, aber keinen Raum biete für die Vorstellungen einer fremden Macht.

Es erscheint auf den ersten Blick sonderbar, daß Großbritannien auch bei dieser Gelegenheit wieder so eifrig als Vorkämpferin der Humanität in fremden Ländern auftritt, und daß es hierbei von den Vereinigten Staaten bis zu einem gewissen Grade unterstützt wird, obwohl doch die eine Macht bis jetzt nicht die furchtbaren Hungersnöte in Indien, die andre nicht die Lynchjustiz an den Negern beseitigt hat, und ihnen deshalb füglich entgegengehalten werden könnte: charity begins at home — aber die englische sowohl als auch die amerikanische Regierung befinden sich hier in einer Zwangslage gegenüber ihren einheimischen Wählern, die sich nun einmal berufen fühlen, überall in der Welt ihre humanitären Ideen zur Geltung zu bringen. Schon aus diesem Grunde haben die Proteste der britischen und der amerikanischen Regierung bei der Kongofrage nicht die Bedeutung, die ihnen ein Teil der europäischen Presse beilegt, zumal da jetzt über die wichtigsten Punkte eine Einigung erreicht worden ist, und die belgische Regierung bestimmt erklärt hat, sich nach einer etwaigen Annexion des Kongo keiner der Verpflichtungen zu entziehen, die sie vom Kongostaat erben würde, noch denen, die sie selbst als Signatarmacht der Berliner und der Brüsseler Akte eingegangen sei.

Die Frage der Verbesserung des Loses der kongolefischen Eingebornen hat überdies, wie aus der Presse hervorgeht, in Belgien dieselbe Sorgfalt gefunden wie in England und in Amerika. Die öffentliche Meinung Belgiens ist erfüllt von der hohen zivilisatorischen Mission, die ihrem Lande in Afrika zuteil geworden ist, und die belgische Regierung hat erst kürzlich im Senat erklärt, daß sie bestrebt sein werde, allgemein den Gebrauch des baren Geldes einzuführen, die Handarbeit in gerechter Weise zu bezahlen, in allen Gebieten moderne Arbeitsmethoden einzuführen und die Neger, die zum Teil noch Nomaden sind, auf ihrem eignen Grund und Boden anzusiedeln, um dann ihre kommerziellen und industriellen Fähigkeiten auszubilden und ihnen alle Wohltaten der Zivilisation zuteil werden zu lassen.

Die belgische Regierung hat außerdem erklärt, daß nach der Annexion des Kongostaats alle Fremden dort volle Handelsfreiheit genießen und das Recht haben sollen, Grundeigentum zu erwerben, und daß den Missionen gewisse Terrains überwiesen werden sollen.

Es ist klar, daß nicht alle englischen Wünsche in Erfüllung gegangen sind, insbesondere ist an eine Teilung des Kongostaats nicht zu denken. Da sich aber alle andern Großmächte stillschweigend mit der Annexion des Kongostaats durch Belgien einverstanden erklärt haben, und da Belgien versprochen hat, die Hauptwünsche Amerikas und Englands zu erfüllen, so ist zu hoffen, daß bald die letzte Etappe folgen und durch das belgische Parlament die Annexion vollzogen wird.

Wir Deutschen haben jedenfalls alle Ursache, im Interesse unsrer afrikanischen Kolonien die hierauf zielenden Bestrebungen der belgischen Regierung wohlwollend zu unterstützen.

von Flöcker

Bansai! von Parabellum. Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, 1908. VIII und 278 Seiten, Oktav. Unter diesem japanischen Hurraruf erscheint hier ein Seitenstück zu dem „Seestern“ und zu der ältern „Schlacht bei Dorking“. Wie diese den Engländern die Gefahr eines deutsch-russischen Angriffs vor Augen rückte, jener uns Deutschen einen Seekrieg mit England, so geht der Verfasser des Bansai, der vielleicht mit dem des „Seesterns“ identisch ist, von der Überzeugung aus, daß der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Japan nicht nur unvermeidlich sei,

sondern schon in den nächsten Jahren ausbrechen werde, und daß es sich dabei um den Entscheidungskampf zwischen der weißen und der gelben Rasse, den Ariern und den Mongolen handle, zu dem der russisch-japanische Krieg nur die Einleitung gebildet habe. Das Ganze ist mit guter Sachkenntnis und lebhaftester Anschaulichkeit geschildert, wenngleich starke Unwahrscheinlichkeiten mit unterlaufen, und die Handlung spielt auf den verschiedensten Schauplätzen. Sie beginnt in Manila im Mai. Alles ist dort im tiefsten Frieden, das amerikanische Philippinengeschwader ist nach Mindanao ausgelaufen, im Hafen liegen nur ein paar alte Kanonenboote. Da wird plötzlich infolge eines „Seebebens“, das ein einlaufender japanischer Dampfer meldet, die telegraphische Verbindung nach allen Richtungen unterbrochen und Manila von einem unsichtbar bleibenden japanischen Blockadegeschwader eingeschlossen, wovon erst ein deutscher Dampfer die Besatzung in Kenntnis setzt. Durch ein Torpedo des friedlichen japanischen Dampfers wird ein amerikanischer Monitor in der Bai gesprengt und damit der offene Kriegszustand erklärt, jener Dampfer allerdings dann zusammengeschossen, aber von den vier amerikanischen Kanonenbooten, die nun auslaufen, bleibt im Kampfe mit einem japanischen Blockadekreuzer nur eins übrig; ein Angriff erfolgt nicht, wohl aber bricht der Aufstand der Filipinos aus. In denselben Tagen wird vor Yokohama ein amerikanischer Passagierdampfer von einem japanischen Kreuzer als gute Beise gekapert; auf dem nordamerikanischen Festlande bemächtigen sich die Japaner, die seit Jahren als harmlose Ansiedler ins Land gekommen, aber militärisch organisiert sind, der großen quer durch den Kontinent laufenden Eisenbahnen durch Besetzung wichtiger Stationen, heben den Verkehr nach dem Osten auf, schneiden die pazifischen Staaten mit allen ihren Hilfsquellen ab, nehmen endlich Francisco, von wo eben das amerikanische Geschwader zu einem großen Flottenmanöver ausgelaufen ist, durch einen Handstreich mit Hilfe der ebenfalls militärisch organisierten im Chinesenviertel versteckten japanischen Einwanderer weg. Fortan ist es ihr Einfallstor, und binnen kürzester Zeit stehen 170 000 Mann Japaner auf amerikanischem Boden, die Vorposten bis an die östlichen Abfälle des Felsengebirges vorgeschoben. Denn auch die Herrschaft über den Großen Ozean haben sie mit einem Schlage an sich gerissen; die „blaue“ Flotte des Pazifikgeschwaders unter Admiral Sperry trifft völlig unvermutet statt auf die „gelbe“ Flotte in der Nähe der Magdalenabai (Kalifornien) bei schwerem Seegange auf sechs ihr weit überlegene Linienschiffe des Admirals Togo, wird, unvorbereitet, wie sie ist, plötzlich mit einem Hagel von Geschossen überschüttet, dem sie 11 Minuten lang nichts entgegen setzen kann, und wird, als sie endlich auch scharf zu feuern beginnt, trotz alles Heldenmutes binnen kurzer Zeit, da sie jenen Vorsprung nicht wieder einholen kann, völlig zusammengeschossen, sodaß alle ihre sechs Linienschiffe versinken. Die Schilderung dieser Seeschlacht, zu der offenbar die Schlacht von Tsushima das Vorbild gegeben hat, ist eines der glänzendsten Kapitel des Buches, vergegenwärtigt packend die furchtbaren Schrecknisse des modernen Seekrieges, der gerade durch die hochentwickelte Vernichtungstechnik zu einer furchterlichen Barbarei entartet. Auch die „gelbe“ Flotte wird von Kamimura durch einen nächtlichen Torpedoangriff vernichtet, nur das Hospitalschiff Ontario entkommt mit etwa 500 Verwundeten, fällt aber auch in die Hände der Japaner. Andre Kapitel schildern den Eindruck, den diese Nachrichten in Newyork auf die Geschäftswelt und die Presse machen. Zunächst ist alles wie betäubt. Dann erwacht die amerikanische Tatkraft; die freilich viel zu kleine reguläre Armee, von der 15 000 Mann auf den Philippinen, andre auf Kuba und in den abgeschnittenen oder verlorenen Küstenposten am Pazifik stehen, wird mobilisiert und nach dem Westen geworfen, die Milizen aufgeboden und Freiwilligenregimenter gebildet, ganz wie 1861, aber es fehlt an allem, an Formationen für den Verpflegungs-, Sanitäts- und Transportdienst, ganz wie 1861; der Versuch, die kubanischen Truppen nach Texas heranzuziehen, wird kurz vor ihrer Landung in Corpus Christi von ein paar plötzlich im Atlantischen Ozean auftauchenden japanischen

Riesenlinienschiffen vom Typus der Dreadnought, die auf englischen Werften angeblich für brasilianische Rechnung gebaut worden sind, durch die Vernichtung der Transportflotte vereitelt, und die Schlacht an den „Blauen Bergen“ bei Hilgard an der Northern Pacific Railway geht unter furchtbaren Verlusten im August gegen die Übermacht des japanischen Generals Nogi verloren. Aber während der Pause, die nun eintritt, erwacht das Gesamtgefühl der angelsächsischen Rasse in Kanada und Australien, und trotz des Widerstrebens der japanfreundlichen englischen Regierung kommen Freiwilligenregimenter von dort den bedrängten Amerikanern zu Hilfe; auch aus Deutschland treffen zahlreiche Offiziere ein. Charakteristisch und nur zu treffend ist, was Parabellum einen von ihnen einem Amerikaner auf dessen Frage, ob das deutsche Volk auf ihrer Seite stehe, antworten läßt: „Sie wissen, wie wenig das deutsche Volk innern Anteil nimmt an den Fragen der auswärtigen Politik. Sehen Sie doch unsern Reichstag an. Höchstens eine Woche lang im ganzen Jahre wird von dem geredet, was jenseits unsrer Grenzen liegt, zwanzig Wochen von Finanznot, Wahlrechtsfragen, Parteifragen und Sozialpolitik — als ob die Geschichte die Völker jetzt zu Ende sei — als ob der Staat nur noch eine Versicherungsanstalt im großen Stile sei“ usw. Obwohl sich nun im Innern der großen Republik die unsichern Elemente des bunten Völkergemisches, Slaven, Italiener und Neger, auch die Sozialisten als höchst unzuverlässig zeigen, werden die japanischen Friedensbedingungen (japanische Garnisonen in den vier westlichsten Staaten und freie japanische Einwanderung dort) abgewiesen, die Rüstungen verdoppelt, der Kleinkrieg im Gebirge fortgesetzt, und endlich beginnt sich das Glück zu wenden. Am 4. Dezember faßt Admiral Dayton ein japanisches Geschwader, das an den englischen Falklandinseln Kohlen einnimmt, und bohrt nach einstündigem Gefecht alle fünf Schiffe in den Grund. Allerdings lähmen die von den Japanern angezettelten Aufstände in Indien und Indochina England und Frankreich, in Afrika gärt es allerorten, aber die amerikanische Armee, bis auf mehr als 300 000 Mann verstärkt, geht im Felsengebirge zum Angriff auf die japanische Stellung bei Fort Bridger östlich von Granger an der Central Pacific Railway über. Diese Entscheidung erlebt der Leser nicht auf dem Schlachtfelde, sondern im Weißen Hause zu Washington bei dem Präsidenten. Die Schilderung, wie hier, mit unsäglich Spannung erwartet, in der Nacht vom 8. zum 9. Februar die Depeschen von Fort Bridger eingehen, deren letzte den beginnenden Rückzug der Japaner, also den Sieg der Amerikaner meldet, gehört zu den wirkungsvollsten des ganzen Buchs. Mit den Worten „Nun ging es rasch vorwärts“ schließt es; das Endergebnis wird damit nur angedeutet. Es ist am 24. Juni auch in Amerika ausgegeben worden, und noch vor dem Erscheinen sind die beiden ersten Auflagen (10 000 Exemplare) schon vergriffen. Denn es ist ja dazu bestimmt, die Amerikaner aufmerksam zu machen auf die Mängel ihrer Rüstung, sie zu warnen vor der Zersplitterung ihrer Seestreitkräfte und vor allem vor den Japanern, deren Hinterlist in den schwärzesten Farben gemalt wird. Aber nicht ihr schreibt Parabellum die überraschenden Erfolge der Japaner zu, sondern dem stolzen Nationalgefühl und der straffen politisch-militärischen Zucht dieses merkwürdigen Volkes, das darin alle andern heute zu übertreffen scheint.

Berichtigung. In der Besprechung der Straußbiographie von Theobald Ziegler im 26. Heft ist mir zu meinem großen Bedauern ein unangenehmes Versehen passiert. Ich habe S. 626 unten ein andres Buch von „Ziegler“ erwähnt und daran die Bemerkung geknüpft, daß die Psyche eines Philosophieprofessors möglicherweise das Bewußtsein oder Gefühl ihrer Substantialität einbüßen könne. Herr Professor Dr. Theobald Ziegler macht mich nun darauf aufmerksam, daß dieses andre Buch nicht ihn, sondern Herrn Leopold Ziegler zum Verfasser hat, und daß demnach die aus diesem Buche gezogenen Schlußfolgerungen auf ihn wenigstens nicht zutreffen.

Carl Jentsch